

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckszeichen: Nachrichten Dresden.  
Bezugsnummer: 25241  
Ausgabe für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Austragung über durch die Post  
15. — M. stellvertretend 15. — M.  
Die empfohlene Summe besteht aus 5. — M. für Familienabonnement, 10. — M. unter  
Siedler- u. Wohnungsmarkt, 10. — M. für Vertrieb 25. — M. Bezugsschläge laut  
Tafel. Ausserdem weitere neuen Vorauflagen. Einzelnummer 1.50 M.

Schriftleitung und Redaktionsschafftliche  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Spich & Reichenbäck in Dresden.  
Postleitzahl-Kommission 1068 Dresden.

Stacheldraht nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Blätter“) gültig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht angenommen.

## Poincarés offene Absage an Lloyd George.

### Barthous Abreise auf Nimmerwiederkehr?

Paris, 28. April. Der „Chicago Tribune“ zufolge hat Poincaré durch Vermittlung der französischen Abgeordneten in Genua dem englischen Ministerpräsidenten eine kurze persönliche Note überreichen lassen, in der er erklärt, daß er es kann und vielleicht berücksichtigt sei, als er entscheiden mußte, daß der englische Ministerpräsident die in Boulogne feierlich gegebenen Versprechungen umzusetzen und das Reparationsproblem in Genua erörtern lassen wolle. Am Dienstag d'Orléans wird erklärt, daß es zum ersten Male geschiehe, daß ein französischer Ministerpräsident so energetisch zu Lloyd George spreche. Falls Barthous nach seiner Rückkehr nach Paris melden sollte, daß Lloyd George auf den Zusammensetzung des Überseiten Rates beharrte, erscheine die weitere Teilnahme der französischen Abordnung an der Konferenz am eisernen und ebenso zwecklos sei wie eine Rückkehr Barthous nach Genua.

Paris, 29. April. Der Sonderberichterstatter des „Deutsche“ schreibt seinem Blatte: Von der Haltung Poincarés gegenüber dem Überseiten Rat und dem russischen Problem hängt das Schicksal der Konferenz und vielleicht das der Entente ab. Sein Mangel an Generalität, der Einladung des englischen Premierministers folge zu lassen und die offenbar unannehmbaren Anträge, die er vorgestern abend der französischen Delegation übermittelte, haben die Lage sehr kritisch gemacht; so kritisch, daß Barthous es für durchaus notwendig hielt, sich nach Paris zu begeben, um mit dem Chef zu verhandeln, damit er ihm den Stand der Dinge, den Poincaré durchaus nicht zu begreifen scheine, klar mache und damit er ihn, wie er hoffte, von der Notwendigkeit einer entgegengesetzten Haltung überzeugte. Um 4 Uhr nachmittags versank's Barthous seine Kollegen davon, daß er genötigt sei, eine 48-stündige Reise zu unternehmen, die weder die Arbeiten der Konferenz unterbreche, noch verlängern werde. Diese Absicht ries großer Erregung terror. Barthous besichtigt zwar offiziell nur für zwei Tage nach Paris. Aber er wird von dort nicht wieder kommen.

### Einberufung des französischen Parlaments.

Eigner Druckbericht der „Dresden Nachrichten“. Paris, 29. April. In parlamentarischen Kreisen verfaßt, daß Poincaré die Absicht habe, das Parlament zu einer kurzen Tagung einzuberufen, falls die Verhandlungen mit England nicht zu dem von ihm gewünschten Ergebnis führen werden. Der Debatté über die Politik der Regierung wird die Einbringung eines Berichtsauftakts folgen.

### Die Gerüchte über Barthous Reise.

Berlin, 29. April. Barthous hat gestern in Genua in der Sitzung der russischen Expertenkommission категорisch das Gerücht widergesprochen, daß er nicht nach Genua zurückkehren beabsichtige. Das Gerücht bezogt, Barthous wolle Poincaré sein Delegationsmandat zurückfordern, weil Poincaré französischen Parlamentarien gegenüber gehandelt habe. Barthous habe seine Instruktionen in

Genua überschritten und Frankreich in einer Richtung engagiert, die der Präsident nicht billige. In Pariser politischen Kreisen nimmt man an, daß Barthous sich vor allem bemühen will, Poincaré und seine Kollegen für den europäischen Welt, dem die französische Regierung noch sehr zurückhaltend gegenübersteht, zu gewinnen. Barthous wird in Begleitung seines Adjutants am Sonntag um 11 Uhr in Paris eintreffen und am Dienstag früh die Rückreise antreten, um am Mittwoch früh rechtzeitig zu einer auf Mittwoch verschobenen öffentlichen Konferenzversammlung in Genua zu sein.

Wie aus Genua gemeldet wird, hat Frankreich den Wunsch zu erkennen gegeben, daß es sich über den 31. Mai direkt mit Lloyd George auseinandersetzen möchte.

Was die russische Frage angeht, ist zu erwähnen, daß diese bis zur Rückkehr Barthous in der Schwebe bleibt. Das Memorandum darf den Russen vorher nicht überreicht werden. Die Frage, ob die neutralen Delegationen mitglieder auf die Schlussfassung des Textes irgendwelchen Einfluß ausüben werden oder auch nur wollen, kann schon jetzt vernichtet werden. Sie werden sich darauf beschränken müssen, den englischen und französischen Delegationen freie Hand zu lassen. Auch Italien wird bei einer Schlussfassung aktivere stehen müssen. Seine Vermittlungsbemühungen, die es getrieben durch Schanzer anstrengt, wurden dann end abgelehnt. Die Engländer und Franzosen planen eine Verständigungsbasis zu finden, durch die sich die Russen nicht verlebt zu fühlen brauchen.

### Die französische Presse zur Rückkehr Barthous.

Eigner Druckbericht der „Dresden Nachrichten“.

Paris, 29. April. Die Rückkehr Barthous gibt der heutigen Pariser Presse reichlich Stoff zu allerhand Beleidigungen. „Information“ schreibt: Der große Zirkus unserer Delegierten war, den russischen Zwischenfall nicht sofort der Konferenz unterbreitet zu haben. Der Deutsche ist natürlich jetzt oben auf. Italien hat sich mit uns gegenüber Österreich gemeinsam auseinandergesetzt, Deutschland gegenüber wird es aber gegen uns sein. Jetzt befindet sich Poincaré zwischen zwei Feuer. Er wird von den äußersten Rechten wie von der äußersten Linken angegriffen. Eine Beleidigung des Ruhrgebietes oder noch weiterer Teile Deutschlands wird zu seinem Sturz führen. Das wichtigste Problem des Friedensvertrages ist ein finanzielles. Das läßt sich aber nicht mit Trommelfeilen lösen. — In der „Übersicht“ ist zu lesen: Das Bündnis zwischen Katharina und Friedrich dem Großen gegenüber Polen erneuert sich zwischen Tschitchiner und Rothenau. — Tod „Journal des Débats“ schreibt: Lloyd George glaubt an die angedrohte Güte der Deutschen und Bolschewisten. Er schenkt Rousset und Tolstoi Rousset hat die französische Revolution vorbereitet und Tolstoi die russische. Wird Lloyd George der Vater der europäischen Revolution sein?

arbeit usw. bestehen soll. Jede Nation soll sagen, was sie besteuern kann. Die Grundlage für die finanzielle Hilfe soll die Schaffung eines internationalen Konsortiums sein, eine Art Großbank, deren Grundkapital von den teilnehmenden Staaten eingezahlt wird.

### Der Plan einer deutschen Industrie-Ausstellung in Moskau.

Moskau, 29. April. Zum Plane einer deutschen Industrieausstellung in Sowjetrußland wird mitgeteilt: Mit der Organisation der Ausstellung werden das Volkskommissariat für Außenhandel und der Oberste Volkswirtschaftsrat betraut. Die Ausstellung soll vom 1. bis 15. Juli 1922 dauern. Es sollen nicht nur einzelne Gruppen, sondern ganze Komplexe, ganze Einrichtungen ausge stellt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird den Maschinen der Großindustrie gewidmet. Ebenso sorgsam wird die Ablistung der wirtschaftlichen Maschinen für Elektrotechnik für die Einrichtung von Fabriken usw. bedacht. Die Organisatoren des Planes beabsichtigen insbesondere, Erzeugnisse der deutschen Industrie vorzustellen, die durch ihre leichten Bergbaukommunen Bären, die früher aus anderen Ländern nach Russland eingeführt wurden, erzeugt wurden. Es werden auch alle Exportate der technischen Industrie der letzten Zeit vorstellen sein. Eine große Anzahl von informierten bevollmächtigten Vertretern der russischen Industrie wird eintreffen, weshalb die Möglichkeit zu Verhandlungen und Vertragsabschlüssen bestehen wird. (B.T.B.)

**Die Antwort auf eine polnische Beschwerde.**

Berlin, 29. April. Die polnische Gesellschaft hat sich bei der deutschen Regierung über eine Note beschwert, die der Oberpräsident von Preußen im März bei der Eröffnung des ostpreußischen Provinziallandtages gehalten hat. Das Auswärtige Amt hat in einer Note erwidert, es könne der Beschwerde nicht beipflichten, daß der Oberpräsident aggressive Töne angestanden habe. Er habe im Gegenteil den Wunsch nach freundshaftlichen Beziehungen betont. Im übrigen habe er nur den Befreiungen über polnische Gewalttätreiche Ausdruck gegeben, die machterfüllten wurden seien durch Reden und Schriften prominenten Polen. Die einzelnen Fälle werden in der deut schen Note angeführt.

### Polen dementiert seine Putschabsichten.

Beuthen, 29. April. Nach einer Erklärung der polnischen Sektion des Bundes der Oberschleifer enthebt die Nachrich über einen beabsichtigten Putsch der oberösterreichischen Freiheitler (Bund der Oberschleifer) jeder Grundlage. Der Bund habe sich mit der durch die Generale Entscheidung geschaffenen Lage abgefunden. (B.T.B.)

### Der Provokationsfeiertag.

Der tschechische Staatsangehörige bürgerlichen Geblüts, der am morgigen Sonntag beim Erwachen sich die Augen reibt und seine Gedanken sammelt, wird wenig erholt sein, wenn ihm einfällt, daß er nicht bloß die willkommene Sonntagsruhe vor sich hat, sondern daß auch noch der folgende Montag ein Feiertag ist, den eine fragwürdige sozialistische Regierungstunst ebenso wie den 9. November dem tschechischen Kalender einverlebt hat. Wenn man die Stimmung des Bürgertums angesichts dieser sozialdemokratischen Herausforderung richtig kennzeichnen will, so muß man ein Gefühl der Bitterkeit darüber feststellen, daß so etwas in unserem Sachsenland möglich geworden ist. Die überfor Abwehrkundgebungen der hervorragendsten bürgerlichen Organisationen des Landes, darunter der Handabend, der Deutschnationale Handlungsgemeinschaftsverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Volkskirchliche Seitenbund, reden nach dieser Richtung eine sehr eindringliche Sprache. Zugleich macht einem einfließigeren Sozialdemokraten wohl im kleinen Sammelkreis die Erkenntnis aus, daß dieser Mensch der verkehrt ist, aber so etwas darf natürlich öffentlich nicht gesagt werden; sonst ergibt gegen den steigen Flug der Parteibannstrahl, hinter dem als äußerstes Mittel die Parteibannstrafe steht. Davon weiß Schweppe ein Lied zu singen, der es gewagt hatte, aus seiner sachlichen wirtschaftspolitischen Überzeugung heraus eine Linie gegen den Hochstundentag zu rückieren. Ja, wenn das bürgerliche Empfinden in Sachen Hoffnunglos zermürbt wäre und nur eine schwache, enttäuschte, ihres bürgerlichen Ramens nicht würdige Minderheit der Sozialdemokratie gegenübersteände, dann ließe sich allenfalls eine solche Maßnahme erklären. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Mit einer elenden parlamentarischen Zweistimmenmehrheit, die von der Gnade der Kommunisten abhängig ist und von diesen gelegentlich in eine Minderheit verwandelt wird, um der Sozialdemokratie ihre Abhängigkeit ins Gedächtnis zu rufen und politische Expressions zu verbieten, wird seit Dezember 1920 von vier Mehrheitssozialisten und drei Unabhängigen regiert, trotzdem eine starke bürgerliche Front diesem parlamentarischen Monstrum von Regierung gegenübersteht und jede bürgerliche Führer im Lande zufrieden in Erwartung des Augenblicks, der einem so unauffälligen Zustande ein Ende macht. Man sollte meinen, daß eine solche Lage, die eine dauernde Anstrengung für die Regierung darstellt, die verhältnisweise verlassen müßte, sich dem Bürgertum gegenüber zu verhalten, daß Reibungen möglichst ausgeschaltet werden, um ein leidliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Statt dessen fügt die Regierung auf dem höchsten Punkt und zerrt Reizungen, wie durch die Einführung der beiden neuen Feiertage, geradezu an den Haaren herbei, mit dem Erfolg, daß die Kommunisten triumphierten und ihrem russischen Oberhaupt Lenin telegraphisch erklärten, die deutsche Revolution schreite langsam, aber sicher vorwärts. Und bei alledem wird die sozialdemokratische Prästierung des bürgerlichen Empfindens auch noch durch den ostentativen Flaggeneinsatz wesentlich in ihrer Schärfe verstärkt!

Der Krug geht aber bekanntlich nur so lange an Wasser, bis er bricht. Das hat sich auch in diesem Falle bekräftigt. Der äußerste Punkt des Radikalismus verlangte wieder einmal eine Abstagszahlung und drohte mit einem Widerstand, und sobald die Mehrheitssozialdemokratie von dieser Seite her rauen Wind verprüft, ist es gleich mit ihrem Monogramm vorbei, und das Herz fällt ihr bis zu den Kniefüßchen hinab. So ging es auch diesmal. Die nach der ganzen Sacklage direkt als frivole zu bezeichnende Aktion wurde unternommen, um dem Radikalismus den Mund zu stopfen, und um jeden Preis das ihm imponierende Vorbild der beiden anderen sozialistisch orientierten mitteldeutschen Staaten, Thüringen und Braunschweig, nachgeahmt wissen wollte. So ist denn Sachsen nun bis auf weiteres in der gewiß nicht bedeutenswerten Lage, den 1. Mai, den Tag der Internationale, mit seiner schweren Spur gegen die gesamte bürgerliche Denk- und Anhängerweite, und insbesondere gegen die in dem deutschen Unternehmerum verborner wirtschaftliche Intelligenz, ebenso wie den 9. November, den Geburtstag des neuen Systems, als krasse Feiertage zu begehen.

Was an weiteres! Darin liegt für das bürgerliche Empfinden der Trost. Diesmal haben die bürgerlichen Parteien ernst gemacht und der sozialdemokratischen Regierung den Krug, den sie ebenfalls um Brunnens des Punkt Radikalismus füllten wollte, aus der Hand geschlagen, daß er in Scherben ging. Das tschechische Volk sieht sich nun die Entscheidung herbeiführen, und zwar nicht bloß über die neuen Feiertage, sondern über die Auflösung des Landtages und damit zugleich über das ganze gegenwärtige Regierungssystem, das einen Hohn auf aus parlamentarischen Grundlagen darstellt und in Wahrheit völlig unhalbar ge worden ist. Die Bekämpfung der jeglichen Regierung durch eine zu bürgerlichen Gunsten veränderte Landtagssouveränität wird eine unverfügliche gelegenerliche Aktion zum Zwecke der Wiederaufstellung der aufgeworfenen Feiertage zur Folge haben, und infolger ist ein bürgerlicher Wahlkampf zugleich mitbestimmend für die Lösung der Feiertagsfrage. Die Deutschnationalen und die Volkspartei haben die Vorbereitung des Volksentscheides durch die Einleitung des Volksabgebrangs bereit gestellt in die Hand genommen. Die Demokraten hielten es für nötig, erst noch an die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei die Anfrage zu richten, ob sie bereit sei, die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sofort in die Wege zu leiten. Daraus hat die sozialdemokratische Fraktion geantwortet, daß die Auffassung, die letzige Regierung sei verfassungswidrig, durchaus falsch sei.